

pax_zeit

1_2014

Hundert Jahre Erster Weltkrieg
Rassismus geht uns alle an



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Friedenssymbol

Dem Logo von pax christi wurde nun noch der Olivenzweig als wichtiges Friedenssymbol hinzugefügt. Damit folgt pax christi dem Beschluss der letzten Delegiertenversammlung.

Editorial

Mit der Erklärung „Rassismus geht uns alle an – Gerade in der Kirche – Wider den „normalen“ Rechtsextremismus – den „kleinen Terror des Alltags“ hat der pax christi-Bundesvorstand sich erneut gegen rechtes Gedankengut in der Mitte der deutschen Gesellschaft ausgesprochen. Die pax_zeit dokumentiert diesen wichtigen Text in diesem Heft.

Der 100ste Jahrestag vom Beginn des 1. Weltkrieges ist das Thema des Jahres 2014. Denn der Rückblick auf den 1. Weltkrieg vor hundert Jahren beschäftigt alle. Aber was können wir mit der Informationsflut in den Medien anfangen? Wer beantwortet die Frage, warum sich 1914 die Militärs durchsetzen konnten, obwohl es viele auch bekannte und hochrangige Menschen gab, die die Gefahren des Krieges erkannt hatten und die wirtschaftliche und soziale Katastrophe vorausahnten? Die pax_zeit-Redaktion hat für dieses Heft erste Blicke auf hundert Jahre zwischen Krieg und Frieden von friedensbewegten Engagierten erfragt: Heinrich Missalla betrachtet die Rolle der katholischen Kirche, Josef Roberg nimmt die Rüstung aufs Korn und Georg Hörnschemeyer stellt sich Fragen zur Erinnerungskultur.

Beim Katholikentag im Mai 2014 wird „Hundert Jahre zwischen Krieg und Frieden“ Thema des pax christi-Standes auf der Kirchenmeile sein und die Jahresversammlung von Pax Christi International findet aus diesem Anlass dieses Jahr in Sarajewo statt.

In der Ukraine sind am Stadtrand von Kiew zurzeit zwei der pax christi-Freiwilligen in einem Kinderheim tätig. Diese jungen Menschen tragen auf ihre Weise zu Versöhnung und Völkerverständigung bei. Eine davon bloggt über die aktuelle Situation in der Ukraine und kommt deshalb diesmal in „Aktiv für den Frieden“ zu Wort.

Auch die Kommentierungen der Kirchen zum Rüstungsexportbericht der Bundesregierung und Infos über Aktivitäten von pax christi in den Diözesen fehlen in diesem Heft nicht.

In eigener Sache: Die Redaktion der pax_zeit greift die Anregung aus der Leserschaft in Sachen Schriftbild auf. Die Lesbarkeit wird ab diesem Heft durch neues, helleres und dennoch umweltschonendes Papier hergestellt. Wir bedanken uns bei allen, die sich dazu zu Wort gemeldet haben und freuen uns auf weitere kritische Begleitung unserer gemeinsamen Mitgliederzeitschrift.

Ich wünsche allen Artikeln dieses Heftes eine interessierte Leser/innenschaft.

Christine Hoffmann

Vernetzt

Ökumenische Versammlung

Mainz 30.04.–04.05.2014

„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“

Gerechtigkeit · Frieden · Bewahrung der Schöpfung



Ökumenische Versammlung 2014

Eine Ökumenische Versammlung wird für den 30. April bis 4. Mai 2014 nach Mainz am Rhein einberufen. Sie soll den gemeinsamen Weg von Christen, Initiativen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fortsetzen. Die Einladenden wollen das Zeugnis von Christen und ihrer Weltverantwortung befördern. Die Zusammenkunft wird die Ergebnisse der Zehnten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen aufgreifen. Die Teilnehmenden können Anstöße für einen siebenjährigen Pilgerweg für Gerechten Frieden und Klimagerechtigkeit geben und Verabredungen bis 2020 treffen. Die römisch-katholischen Engagierten wollen dabei die Ergebnisse des Reformkonzils Vaticanum II unter Papst Johannes XXIII weiter umsetzen. Die Initiative kooperiert mit dem Ökumenischen Prozess „Umkehr zum Leben – Den Wandel gestalten“. www.oev2014.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeberin** pax christi Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de **Redaktion** Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber **Titelfoto** Lena Schäfer **Gesamtherstellung** Ute Begemann, Köln **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi, Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circle Print (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 2_2014: 04.04.2014.

Dieser Ausgabe liegt ein Flyer zum „Ökumenischen Friedensschiff“ bei.

Inhalt

Hundert Jahre Erster Weltkrieg

Seite 4

Die deutschen Katholiken im Ersten Weltkrieg

Heinrich Missalla

Seite 6

1914 – 2014 Die deutsche Rüstungsindustrie

Josef Roberg

Seite 8

Hundert Jahre und kein Jubiläum ...

Georg Hörnschemeyer

Kampagne

Seite 10

Die Rüstungsexportpolitik geht in die falsche Richtung

Karl Jüsten, Martin Dutzmann

Seite 12

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! arbeitet weiter

Odilo Metzler

Standpunkt

Seite 14

Rassismus geht uns alle an – Gerade in der Kirche

Bundesvorstand

International

Seite 16

Kennzeichnung von Siedlungsprodukten

Aktiv für den Frieden

Seite 18

Elena in Kiew

Meldungen

Seite 20

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Seite 20

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 21

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Seite 22

Leserbriefe

Glaube Perspektive

Seite 23

Der Blick auf das Kreuz

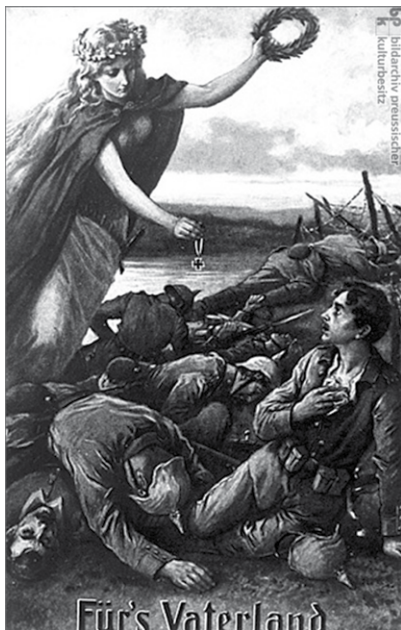
Heinz Josef Algermissen

Hundert Jahre Erster Weltkrieg

Der trauernde Soldat, der sich auf dem aktuellen Titelbild der pax_zeit findet, steht auf dem Hamburger Friedhof Ohlsdorf. Ursprünglich war die Darstellung, die von dem Bildhauer Hans Dammann aus Muschelkalk geschaffen wurde, ein Gedenkstein für das Familiengrab Brinckmann. Heute befindet er sich an der Stirnseite des Gräberfeldes des Ersten Weltkriegs. Der Bildhauer Dammann galt im Bereich der Grabdenkmäler und der daraus hervorgegangenen Kriegerdenkmäler als ein bedeutender Bildhauer seiner Zeit.

Die deutschen Katholiken im Ersten Weltkrieg

Gehorsam: Auftrag katholischer Christen



„Der Kaiser ruft – Gott ruft“

Heinrich Missalla

Als die deutschen Truppen im Juli 1914 unter dem Jubel der Bevölkerung und dem Läuten der Glocken zum Kampf ausrückten, ahnte niemand, dass knapp ein Jahr später Papst Benedikt XV diesen Krieg ein „Morden“ und „Gemetzel“ nennen würde und ihn als „entsetzliches Blutbad“, „Wahnsinn“ und „Selbstmord des zivilisierten Europa“ bezeichnete. Schier unbegreiflich erscheint heute, was in den Kirchen damals gepredigt wurde. Bischöfe wie Michael von Faulhaber oder Paul Wilhelm von Keppeler, bekannte Professoren wie der Alttestamentler Norbert Peters oder der Dogmatiker Engelbert Krebs und viel gelesene theologische Schriftsteller wie Joseph Bernhart oder Peter Lippert haben einmütig dem Krieg und dem Vaterland eine religiöse Weihe verliehen. In der damals vom Klerus am meisten gelesenen Predigtzeitschrift „Chrysologus“ schrieb der bekannte Theologe Otto Karrer viermal auf einer Seite: „Der Kaiser ruft – Gott ruft“. Innerhalb kurzer Zeit waren eine Fülle von Büchern und Broschüren mit Kriegspredigten auf dem Markt. Ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn gab es 112 „katholische“ Titel von Kriegsschriften mit religiösem Charakter, davon 62 Predigt- und 50 Kriegs- und Soldatenbücher – ohne die Zeitschriftenliteratur, „die nun allesamt auf den Krieg eingestimmt“ waren.

Der Krieg als „heilige Zeit“ verklärt

Die Prediger erlebten den Krieg zunächst als einen Durchbruch elementarer Kräfte in einer müde und kraftlos gewordenen Zeit, als einen unerwarteten Anstoß zu religiöser und moralischer Neubesinnung. Sie jubelten, weil die Kirchen über Nacht wieder gut besucht wurden. „Was kein Bußprediger, keine Mission fertiggebracht hat, das ist dem Krieg mit einem Schlag gelungen; er hat aus gottvergessenen Weltkindern hilfeschuchende Gotteskinder gemacht!“ So wurde der Krieg „Deutschlands größte Zeit“, „heilige Zeit“ und „Zeit der Gottesnähe“ genannt. Er sei der „Tag, den Gott gemacht“ hat, eine „Zeit der Gnade“. Weil man überall eine religiöse Umkehr zu erkennen glaubte, zitiert man das Wort Moltkes, der Krieg sei ein „Element der von Gott eingesetzten Weltordnung“, durch das die Menschen vom Bösen weggeführt und in ihrem Charakter geformt würden. Und: „Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“ In ihm entwickelten sich „die edelsten Tugenden“: Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit. Nicht wenige sahen darüber hinaus im Krieg eine Offenbarung Gottes, der nun „sehr vernehmlich ... mit Kanonendonner, mit Blut und Eisen“ durch die Welt gehe. Bischof von Faulhaber verglich den Krieg mit der „Erscheinung des Herrn im

Dornbusch, die uns lehrt, vor dem Heiligtum in Ehrfurcht die Schuhe von den Füßen zu ziehen“.

Wohlgermerkt: Der Krieg wurde nicht begrüßt und gefeiert, weil man ihn liebte. Im Krieg sah man vielmehr ein unerwartetes Mittel, eine kaum mehr für möglich gehaltene religiös-sittliche Erneuerung Deutschlands und der Welt einzuleiten. Bischof von Faulhaber war der Meinung: „Die schwerste Niederlage in diesem Weltkrieg ist der Kreditverlust des Atheismus und anderer fremden Götter von ähnlichem Kaliber.“ Bei solcher Sichtweise ist es nicht mehr verwunderlich, wenn ein Prediger sich zu der Äußerung verstieg: „Gerade unsere Mutter die Kirche begrüßet von Herzen den großen eisernen Besen.“

Wenn wir dem Staat gehorchen, gehorchen wir Gott Denn Gott hat den Krieg befohlen

Ordnung und Gerechtigkeit, das Gute und der Wille Gottes werden durch Deutschland repräsentiert, Frankreich hingegen steht für Unmoral, Unzucht und Gottlosigkeit. Wenn es wirklich um die Zukunft der Menschheit geht, wenn wirklich die Ordnung Gottes auf dem Spiel steht, dann ist der Gedanke nicht mehr fern, Deutschland habe einen Kreuzzug zu führen: „Es ist ein heiliger Krieg, in den unsere Krieger hineingerissen wurden, denn er steht im Einklang mit dem heiligen Willen der Gottheit.“ Was aber kann ein religiöser Mensch anderes tun als sich der Sache Gottes zu verschreiben?

Die Zuverlässigkeit gegenüber Kaiser und Reich zeigte sich vor allem im Gehorsam gegenüber der Obrigkeit

„Wir behaupten, dass die Katholiken zu den besten und treuesten Untertanen gehörten und noch bis zur Stunde gehören.“ – „Wer als Soldat nicht gehorchen wollte, wäre ein Verräter, ein Verbrecher an der Kraft und an der Festigkeit und am Siege des deutschen Volkes und Heeres. Kameraden! Wahret diese heiligsten Güter des glorreichen deutschen Heeres, seid treu im Gehorsam! ... Jesus, unser Feldherr, lehre uns gehorchen!“ Der Gehorsam wurde gewissermaßen zum Kennzeichen des echten katholischen Christen. So konnten die deutschen Bischöfe noch 1917, als sich bereits allgemeine Kriegsmüdigkeit ausbreitete, in einem gemeinsamen Hirtenbrief sagen: „Wir wissen ja, daß jeder, der sich der obrigkeitlichen Gewalt widersetzt, sich

der Anordnung Gottes entgegenstellt, und die sich dieser entgegenstellen, ziehen sich selber die Verdammnis zu.“ In den Obrigkeiten spiegelte sich „gewissermaßen das Bild der göttlichen Macht und Vorsehung über den Menschen“, man musste für sie beten, aber vor allem musste man ihnen gehorchen. „Wenn wir dem Staat gehorchen, gehorchen wir Gott. Denn Gott hat den Krieg befohlen.“

Diese Mischung aus Rechtfertigung und Verherrlichung des Krieges, Sanktionierung der bestehenden Ordnung und Verpflichtung zum Gehorsam, nationalistischer Blickverengung, Verharmlosung des Todes, Spiritualisierung des Friedens und einer verfälschenden Deutung göttlichen Handelns dürfte in der Geschichte der Kirche einmalig sein. Der gute Wille und die persönliche Integrität der Prediger haben ebenso wenig wie ihre „Rechtgläubigkeit“ verhindert, dass sie den Gläubigen einen Weg gewiesen haben, den wir nur als verhängnisvoll bezeichnen können.

Mit dem Krieg war eine Welt zusammengebrochen – auf die Theologie und das kirchliche Leben hatte der Krieg keine erkennbaren Auswirkungen: Man lehrte und machte weiter wie bisher, als hätte es die Kriegskatastrophe nicht gegeben, blind für die Zeichen der Zeit, taub für prophetische Stimmen, die vor den Gefahren des Nationalismus und des Militarismus warnten. Die zahlenmäßig kleine Gruppe, die sich im ‚Friedensbund deutscher Katholiken‘ zusammenfand und die eine beachtliche friedensethische und friedenspolitische Arbeit leistete, konnte keinen nennenswerten Einfluss auf das kirchliche Leben und auf die Politik gewinnen. Der fast völlige Ausfall einer Reflexion des Ersten Weltkriegs in Theologie und Kirche dürfte eine der Ursachen dafür sein, dass die deutschen Katholiken auch 25 Jahre später gehorsam und opferbereit bis zum bitteren Ende ihre vermeintliche Pflicht erfüllten.

Heinrich Missalla war Geistlicher Beirat der deutschen pax christi-Sektion, ist Mitherausgeber der Zeitschrift Publik Forum, lehrte von 1971 bis 1991 als Professor Katholische Theologie an der Universität Essen und war Mitglied des Bensberger Kreises.

1914 – 2014

Die deutsche Rüstungsindustrie

Alfred Krupp: „Die Fabrik muss sich ihre Bedürfnisse selber schaffen.“



Josef Roberg

Damals

Die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und der Erste Weltkrieg markieren den Beginn der modernen Rüstungsproduktion nach industriellen Maßstäben. Die Essener Firma Krupp ist der Prototyp einer Entwicklung, ohne die die deutsche Rüstungsindustrie heute nicht überlebensfähig wäre: Deutsche Waffenfabriken benötigen den Rüstungsexport.

Schon zur Jahrhundertwende wurden 46 Staaten mit Kanonen aus Essen beliefert. Krupps Marketing sorgte dafür, dass die Stahlföfen nicht kalt wurden und die Gewinne sprudelten. Die expansive Firmenpolitik weckte in vielen Ländern „Bedürfnisse“ nach Essener Qualitätsprodukten. Als der Kaiser im Jahr 1900 militärische Hilfe zur Bekämpfung des Boxer-Aufstandes nach China schickte, wurden die Deutschen folglich von Kanonen aus Essen unter Beschuss genommen.

Aber Kanonen lassen sich nur schwerlich verkaufen, wenn alle Armeen das gleiche Produkt einsetzen, so mussten die Kanonen laufend modernisiert werden. Krupps Firmenpolitik forcierte mit immer neuem Kriegsgerät das Wettüben, jeder Staat wollte dem Gegner militärisch überlegen sein. Schon damals wurde nur ein fünftel der Produktion vom Deutschen Reich abgenommen; nur der Export sicherte die Kruppschen Kanonenfabriken und finanzierte die teure Weiterentwicklung der Waffen. Die Drohung, den Export zu verbieten, perlte an Krupp ab. Ohne den Export gab es eben keine innovative Waffentechnologie und darauf wollte man im Kaiserreich dann doch nicht verzichten.

Der Erste Weltkrieg revolutionierte die Rüstungsindustrie; die Technik hielt Einzug auf den Schlachtfeldern, die Zeit des Kampfes „Mann gegen Mann“ war beendet. Luftschiffe, Flugzeuge, U-Boote, Maschinengewehre, Gas und immer präzisere Kanonen veränderten das Kriegsgeschehen einschneidend. Für die Waffenschmieden aller beteiligten Länder ein lukratives Geschäft mit vielen Entwicklungs-

möglichkeiten. Und nur das Land mit der neusten Technologie würde den Krieg gewinnen, so die Verkaufslogik der Rüstungsfirmen.

Heute

Frank Haun, Geschäftsführung Krauss Maffei Wegmann (Produzent des Leopard-Panzers): „Der Bedarf den die Bundeswehr allein hat, reicht nicht aus, um diese Technologien in Deutschland weiter entwickeln zu können oder zumindest halten zu können.“ Journalist: „Das heißt?“ Haun: „Wir brauchen den Export.“ (ZDF 8-2013)

100 Jahre später hat sich für die Firma Krupp die Landschaft verändert. Krupp fusionierte mit Thyssen, das Rüstungsgeschäft beträgt nur noch 5% des Gesamtumsatzes.



Vor einhundert Jahren gab es einen Quantensprung in der Kriegstechnologie, Maschinen unterstützten den Soldaten bei seinem Kriegshandwerk. Heute stehen wir wohl wieder am Beginn einer neuen Rüstungsspirale, wahrscheinlich lautloser und unauffälliger, dafür aber umso einschneidender. Drohnen verändern die Kriegsführung; ferngesteuert bringen sie den lautlosen Tod vom Himmel. Und unter dem Deckmantel chirurgisch präziser Einsätze wird das Völkerrecht mit Füßen getreten. Im Zweifelsfall beruft man sich auf das Kriegsrecht und legitimiert damit alle Opfer. Drohnen, ein neues lukratives Geschäft für Rüstungsfirmen, zu denen dem Markt geeignete Abwehrtechnologien angeboten werden müssen; die Rüstungsspirale beginnt von neuem. Die Entwicklung scheint unaufhaltbar, denn unsere Soldaten müssen stets mit Waffen versorgt werden, die ihre Sicherheit und ihren Er-

Waffen und Ausrüstung verändern sich, das Geschäft mit dem Krieg jedoch nicht.

Weltmarktführer ist man beim Bau von U-Booten; offensichtlich ein Geschäft mit hoher Gewinnmarge. Und doch ist das Klagen in den Vorstandsetagen der deutschen Rüstungsindustrie groß. Thyssen-Krupp Manager Atzpodien in der Süddeutschen Zeitung: „Der Bund solle wieder mehr heimische Aufträge platzieren und Ausgaben für Forschung und Entwicklung verstärken“ (SZ, 13.12.2013, S. 22). Der Panzerbauer Frank Haun von Krauss Maffei Wegmann ist hier schon deutlicher, ohne den Rüstungsexport ist die deutsche Waffenindustrie nicht lebensfähig. Also sind die Vertreter in vielen Ländern unterwegs, um Waffenqualität „Made in Germany“ zu verkaufen; in Länder wie z.B. Griechenland gerne auch mit etwas Schmiergeld.

In einhundert Jahren hat sich nichts an Alfred Krupps Aussage geändert: „Die Fabrik muss sich ihre Bedürfnisse selber schaffen.“ Angela Merkels Segen dazu haben sie, denn Rüstungsexporte sichern nicht nur den Technologiestandort Deutschland, sondern sind auch ein Instrument zur scheinbaren Friedenssicherung.

folg gewährleisten. Die nächsten Rüstungsschritte sind vorhersehbar, autonom agierende Waffensysteme werden automatisch Freund und Feind voneinander unterscheiden und die Kriegsführung weiter optimieren. Rüstungsfirmen reiben sich die Hände, neue Geschäfte sind zu erwarten oder, um mit Alfred Krupp zu sprechen, Kaufinteresse in den Regierungen und Militärs muss erzeugt werden.

1914 – 2014: Eigentlich hat sich nichts geändert, die Marketingstrategien sind verfeinert und die Technologien perfekter geworden. Freund wie Feind werden ausgerüstet, so lange die Finanzierung steht. Rüstungsgeschäfte werden als Teil der Politik betrachtet, die Industrie versteht es, die Notwendigkeit einer deutschen wehrtechnischen Industrie zur unumstößlichen Wahrheit zu erklären.

1914 – 2014: Was hat sich geändert?

Josef Roberg ist Mitglied im Bundesvorstand von pax christi und arbeitet im Team der pax_zeit-Redaktion.

Hundert Jahre und kein Jubiläum ...

Erinnern als Mahnung zum Frieden



Die Friedensbewegung ist gefragt, dem Rückblick auf das historische Ereignis die politische Bedeutung zukommen zu lassen, die es in Bezug zur Politik der Gegenwart setzt. Deshalb hat pax christi mit anderen Friedensorganisationen die Website www.1914-2014.eu ins Leben gerufen, die eine Plattform für alle Veranstaltungen zum Thema aus friedensbewegter Sicht bietet.

Georg Hörnschemeyer

„Geschichte machen“ kann man(n) auf verschiedene Weise: man kann dabei gewesen sein, davon erzählen, darüber forschen. Geschichtsschreibung und -darstellung sind immer eine große Erzählung, eine Konstruktion. Wenn ein Ereignis 100 Jahre zurückliegt, verführt die runde Zahl auch zu der Vorstellung von epochaler Bedeutung des Ereignisses. So seien wir gewarnt! Wir sind im Jahr 2014 und damit steht die Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges als geschichtspolitisches Großereignis auf der Agenda von Politik, Kultur, Wissenschaft und Medien.

Die Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges in diesem Jahr wird eine Erinnerung ohne Zeitzeugen sein. Die deutsche Erinnerungskultur ist meist sehr auf Nationalsozialismus, Holocaust und II. Weltkrieg fokussiert, die Durcharbeitung der eigenen Schuldgeschichte wird als vorrangige Pflicht und Identitätsstiftung empfunden. Damit deckt sie aber im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern die Wahrnehmungen des I. Weltkrieges

– des ersten europäischen Großkrieges im 20. Jahrhundert – eher zu. Unsere Nachbarn in Frankreich, Belgien, Großbritannien oder auf dem Balkan, sie sehen sich als Opfer einer imperialen Politik des II. Deutschen Reiches bzw. der Donaumonarchie, gegen die sie sich erfolgreich und mit vielen Opfern gewehrt haben. Auf ihren Friedhöfen ehren sie ihre Helden. Wie also mit diesem bevorstehenden Szenario von Erinnern, Gedenken und geschichtspolitischen Großevents umgehen? Als Friedensbewegung werden wir Großveranstaltungen und medialem Hype wenig entgegensetzen können. Zwar ist auch nicht einfache Kriegsverherrlichung zu erwarten, aber zu vermuten ist, dass etliche Staaten oder auch die Institutionen der Europäischen Union die Ereignisse von 1914 mit Feiern, Konferenzen und Tagungen in Sarajewo und anderswo würdigen und sich als „neue Friedensmacht“ darstellen. Europa ist auf der Suche nach seinen Zukunftsgeschichten.

Auf Spurensuche in der Nähe gehen

Aber Friedensorganisationen können aufklären, Fragen an Bilder und Deutungen stellen oder auf Spurensuche nach den Opfern des Krieges gehen. Die deutsche Sektion pax christi und andere Gruppen haben dazu im Internet unter www.1914-2014.eu ein Web-Portal kreiert, auf dem aktuell über Veranstaltungen, Nachrichten und Hintergründe informiert wird. Im Mittelpunkt steht die internationale Konferenz und das Jugendcamp in Sarajevo (6.–9. Juni 2014), die österreichische Sektion erwandert die Schauplätze des Gebirgskrieges in den Ostalpen, der Diözesanverband Münster bereist die „Flandern Fields“ und ein ökumenisches Friedensschiff des Diözesanverbands Rottenburg/Stuttgart und anderer Gruppen soll im Juni über den Bodensee fahren.

Man kann aber auch auf Spurensuche in der Nähe gehen. Erinnerungskultur gibt Orten und Zeiten eine Deutung durch bestimmte Formen. So finden sich in fast jeder Pfarrkirche die sogenannten Kriegerdenkmäler, oft Ehrentafeln innerhalb oder außerhalb des Gebäudes oder dem damit verbundenen Friedhof. Der einzelne Soldat wird – meist mit Dienstgrad – namentlich erwähnt, das Ehrenmal ist Grabersatz, da der Tote nicht nach Hause zurückkehrte. Häufig wird das Bild von Fremde und Heimerde bemüht und eben bedauert und betrauert, dass der Tote nicht in der Heimat starb. Was aber wollte er in der „Fremde“?

Nur selten sind diese Objekte Trauermale oder Mahnung zum Frieden

Eine Steigerung der Totenehrung findet sich in den eigenständigen Kriegerdenkmälern im öffentlichen Raum, die sowohl an zentraler Stelle im Ortsbild oder auch auf gut sichtbaren Punkten im freien Gelände errichtet wurden. Sie stehen nicht auf den Schlachtfeldern und sind auch keine Grabmale, sondern ausdrückliche öffentliche Deutungen des Krieges. Hier ist auf die Formensprache besonders zu achten: Es sind häufig Obeliske, Großplastiken oder altarähnliche Anlagen, dem Modell eines „Altars des Vaterlandes“, dem „ara patriae“ des antiken Roms nachempfunden. Die Darstellungen zeigen oft einen Soldaten mit Stahlhelm und Waffe, den „universal soldier“ der im Krieg zum ideellen Gesamtopfer des Volkes wird, denn in der Regel „opfern“ die meisten Nationen ihre jeweils jüngste männliche Generation. Nur selten sind diese Objekte Trauermale oder Mahnung zum Frieden.

Nach dem Ersten Weltkrieg dominiert noch der heroische Ausdruck und die monumentale Dimension. Oft wird diese Darstellung nach dem Zweiten Weltkrieg einfach verlängert, den Jahresangaben 1914-1918 wird rasch ein 1939-1945 hinzugefügt. In der Tat ein Ausweis der Kontinuität! Die Monumente tragen oft Inschriften, die den Tod als Hingabe, Opfer und Heldentum deuten und ihm so noch einen Sinn geben wollen, biblische Zitate oder liturgische Formeln sind nicht selten. Es gibt nur wenige andere Monumente die trauern, wie etwa das „Magdeburger Mal“ von Ernst Barlach (im Magdeburger Dom), die Zeichnungen von Käthe Kollwitz und das Mahnmal in Vladsloot/Flandern. Andere Künstler wie Alfred Hrlicka haben mit „Gegenplastiken“ versucht, die affirmative Bekräftigung des Krieges zu kritisieren. Denkmäler für Deserteure gibt es praktisch nie.

Zum kulturellen Gedächtnis gehört inzwischen auch „Privates“, manches Pfarrarchiv und mancher Dachboden enthält ungehobene Schätze. Nach 100 Jahren ist eine ehrliche Aufarbeitung von Briefen, Feldpostkarten oder Fotos jetzt möglich. Für pax christi-Mitglieder ergibt sich hier ein Feld aktiver Friedensarbeit, eben auch jenseits der Zeitzeugen.

Georg Hörnschemeyer ist Mitglied des pax christi-Bundesvorstandes und des Vorstandes der Maximilian-Kolbe-Stiftung und arbeitet im Interkulturellen Rat und in verschiedenen Gedenkstätten mit.



Münchhausen-Projekt stellt Kriegslügen bloß

Wiltrud Rösch-Metzler

Das im Februar gestartete Projekt Münchhausen will die Geschichten der großen und kleinen Kriegslügen erzählen, mit denen die Menschen zur Gewalt gegeneinander verführt wurden. Es beginnt mit dem Militäreinsatz in Mali und der angeblichen Bedrohung Bamakos, berichtet von vietnamesischen Fischerbooten im Golf von Tonking, die angeblich die US-Marine überfallen haben und erinnert an die bezahlte Brutkastengeschichte einer PR-Agentur, die den Krieg gegen den Irak möglich machte.

Um rationale Aufklärung in diesem Feld bemühen wir uns seit langer Zeit. Wir schlagen nun vor, sie witziger und als Breitenaktion zu betreiben: Wir fordern alle Menschen auf, die deftigsten Lügengeschichten zur Rechtfertigung von Krieg und Rüstung aus allen historischen Zeiten bis zur Gegenwart aufzuschreiben. Dabei geht es nicht um Anklagen gegen die Grausamkeit des Krieges. Es geht immer um die Versuche, uns, die Bürger/innen, zu täuschen, um auf diese Weise unsere Zustimmung zu Gewalt und Krieg zu erreichen.

Die Geschichten sammelt der Friedensforscher Andreas Buro, der das Projekt auch angestoßen hat. Er kann auch Auskunft geben, ob ein Thema bereits von anderen bearbeitet wird. Eine Redaktionsgruppe mit Werner Ruf, Karl Grobe-Hagel, Otmar Steinbicker, Christine Schweitzer und Wiltrud Rösch-Metzler sichtet und redigiert die Texte. Über ein Dutzend Texte sind bereits eingegangen.

Alle können sich beteiligen. Die Texte: etwa eine Schreibmaschinenseite lang, wenn möglich in flotter Sprache und eventuell mit Hinweisen zu weiterer Information – doch bitte, keine langen Literaturlisten. Die Geschichten werden auf dem Aachener online-Friedensmagazin „aix-paix.de“ in einer besonderen Münchhausen-Rubrik veröffentlicht und für Jedermann/frau zugänglich gemacht. Die deftigsten Geschichten werden als „Lüge des Monats“ bekannt gemacht und hoffentlich nicht nur in Friedenszeitschriften abgedruckt. Wie gesagt: Wer will, kann mitmachen oder auch andere ansprechen, sich zu beteiligen. Es wäre toll, wenn eine Lügenlawine entstünde.

Kontakt: andreas.buro@gmx.de

Die Rüstungsexportpolitik geht in die falsche Richtung

Exportgenehmigung von Kleinwaffen verdoppelt

Aus dem Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten, dem Katholischen Vorsitzenden der GKKE

Ziel: Restriktive und schlüssige Rüstungsexportpolitik

Im inhaltlichen Schwerpunkt unseres diesjährigen Berichtes diskutieren wir die gesetzlichen Regelungen der Rüstungsexportkontrolle in Deutschland in ihrer Verschränkung mit europäischen und internationalen Normen. Das Regelwerk ist äußerst komplex und schwer zu durchschauen, vielleicht ist auch dies ein Grund, warum viele einen Bogen um dieses Politikfeld machen. Besonders fragwürdig ist einigen Verfassungsrechtlern die Rolle des Bundes sicherheitsrates. Ihm wurden im Laufe der Geschichte die schwierigen Rüstungsexportentscheidungen zugewiesen, obwohl das Grundgesetz ausdrücklich die Bundesregierung, also das Kabinett als Ganzes in die Pflicht nimmt. Wir verstehen dieses Schwerpunktkapitel als Angebot an alle, die Klärung wollen und eine restriktive und schlüssige Rüstungsexportpolitik anstreben.

Aus dem Statement von Prälat Dr. Martin Dutzmann, dem Evangelischen Vorsitzenden der GKKE

Exportgenehmigungswerte auf einem Allzeithoch

Im Jahr 2012 erteilte die Bundesregierung insgesamt 16.380 Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 4,704 Milliarden Euro. 77 Sammelausfuhrgenehmigungen im Wert von 4,172 Milliarden Euro wurden erteilt. Kriegswaffen sind im Wert von 946 Millionen Euro im Jahr 2012 exportiert worden. An Staaten, die der EU bzw. der NATO angehören oder diesen gleichgestellt sind, wurden im Jahr 2012 Rüstungsausfuhren im Wert von 2,101 Milliarden Euro genehmigt. Das entspricht 45 Prozent aller erteilten Einzelgenehmigungen. An alle übrigen Staaten („Drittstaaten“) sind Rüstungsausfuhren in Höhe von 2,603 Milliarden Euro genehmigt worden. Unter diesen findet sich als relevantester Abnehmer Saudi-Arabien mit einem Genehmigungswert 1,237 Milliarden Euro. Mit großem Abstand folgen Algerien, Südkorea, Singapur, die Vereinigten Arabischen Emirate, Irak, Indien und Israel. An Staaten, die seitens der OECD als Empfänger offizieller Entwicklungshilfe eingestuft werden, wurden nach unseren Berechnun-

gen im Jahr 2012 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von 866,6 Millionen Euro erteilt (18,4 %).

In den genannten Bereichen der Rüstungsgüter, der Kriegswaffen und der Exportgenehmigungen für Entwicklungsländer ist gegenüber den Zahlen für 2011 ein Rückgang festzustellen. Bei den Ausfuhren von kleinen und leichten Waffen gibt es im Jahr 2012 hingegen einen starken Anstieg. Die Bundesregierung hat die Ausfuhr von 66.955 kleinen und leichten Waffen genehmigt, doppelt so viel wie im Vorjahr. Die Auswirkungen von Sturmgewehren und Maschinenpistolen sind verheerend. Immer wieder geraten sie auf illegalem Weg in fragile Staaten und Konfliktgebiete. Der Rückgang der Exportgenehmigungen im Bereich der Rüstungsgüter, der Kriegswaffen und der Exporte in Entwicklungsländer ist grundsätzlich zu begrüßen. Im mittelfristigen Trend verharren die Exportgenehmigungswerte jedoch mit leichten Schwankungen auf einem Allzeithoch. Deutsche Rüstungsunternehmen kompensieren die sinkende Nachfrage in Europa durch neue Kunden auf dem Weltmarkt. Die Bedeutung von Drittstaaten als Abnehmer deutscher Rüstungsgüter hat zugenommen. 55 Prozent der Exportgenehmigungen sind im Jahr 2012 für Ausfuhren an diese Staatengruppe erteilt worden. Vor allem Rüstungsgeschäfte mit zahlungswilligen und -kräftigen Herrschern aus dem Nahen und Mittleren Osten haben zugenommen.



2011

34.768

**Exportgenehmigungen
für kleine und leichte Waffen**

Dabei geht es um den Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien und Katar, Verkäufe von gepanzerten Mannschaftstransportern des Typs Boxer an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie von Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien. Während die Lieferung von 62 Kampfpanzern Leopard 2A7+ nach Katar schon genehmigt ist, bleibt das Panzergeschäft mit Saudi-Arabien offen. Diese Geschäfte haben zu einer kontroversen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und im Parlament geführt. Auch die GKKE hat Bestrebungen der Bundesregierung kritisiert, Länder wie Saudi-Arabien als „Stabilitätsanker“ in dieser Region aufzurüsten. Dies birgt erhebliche Gefahren für die regionale Stabilität. Folgt man den Kriterien, die sich die Bundesregierung selbst in ihren Politischen Grundsätzen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen gegeben hat, verbieten sich die Exporte von Kriegswaffen an diese Staaten.

Die Frage, wie diese Länder vor dem Hintergrund der Waffenlieferungen an Rebellengruppen in Syrien und in der Sahel-Zone „Stabilitätsanker“ in der Region sein können, hat die Bundesregierung nicht erläutert. Von der oft völlig desolaten Menschenrechtsslage, einschließlich der Missachtung der Religionsfreiheit, ganz zu schweigen. Insgesamt vermittelt der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung somit nicht den Eindruck einer differenzierten und zurückhaltenden Genehmigungspraxis, die sich an die eigenen restriktiven Maßstäbe hält. Obwohl die Bundesregierung dies immer wieder betont, werden Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, in großem Umfang mit deutschen Rüstungsgütern beliefert. Nach Berechnungen des Bonn International Center for

Conversion (BICC) war das im Jahr 2012 bei 67 Ländern der Fall gegenüber 64 Ländern im Jahr 2011.

Beide Texte wurden gesprochen anlässlich der Präsentation des 17. Rüstungsexportberichts der GKKE am 16.12.2013 in Berlin



GKKE

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ist ein ökumenischer, evangelisch-katholischer Arbeitsverbund zur Entwicklungspolitik. Als gemeinsame Stimme der beiden großen Kirchen in Deutschland will die GKKE dem Gedanken der einen Welt in unserem Land politisches Gewicht verleihen. Seit 1997 legt sie regelmäßig einen Rüstungsexportbericht vor. Er stellt öffentlich verfügbare Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern des Vorjahres zusammen und bewertet die Rüstungsexportpolitik im Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Der Rüstungsexportbericht ist erhältlich über www3.gkke.org.

2012

66.955
Exportgenehmigungen
für kleine und leichte Waffen

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! arbeitet weiter

**Grenzen öffnen für Menschen.
Grenzen schließen für Waffen.**

www.aufschrei-waffenhandel.de



Odilo Metzler

Der Trägerkreis der Kampagne entschied sich am 15.01.2014 in Fulda für die Weiterarbeit bis 2017. Auf den Erfolgen aufbauend soll die Debatte aufrecht erhalten und im Sinne, den Opfern Stimme zu geben und den Tätern Name und Gesicht, fortgesetzt werden.

Der neue Fokus der Kampagne:

**Weiter aktiv gegen Rüstungsexporte.
Denn: Waffenhandel produziert Flüchtlinge**

Unser Ziel:

Grenzen öffnen für Menschen.
Grenzen schließen für Waffen.

Rückblick und Ausblick der „Aktion Aufschrei“ in Kassel

Mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ ist in den letzten zwei bis drei Jahren ein breites gesellschaftliches Bündnis entstanden, das sehr unterschiedliche Organisationen aus der Friedensarbeit, Entwicklungszusammenarbeit, den Kirchen und Gewerkschaften und dem Kultursektor zusammen geführt und weit in die Mitte der Gesellschaft hinein gewirkt hat. Dies war ein Fazit beim Auswertungswochenende der Aktion Aufschrei vom 29. November bis 1. Dezember in Kassel. Es ist gelungen, politischen Druck aufzubauen und das Thema in die Medien, auf die Agenda der

Parteien und in die Wahlprogramme zu bringen. Es war ein Stück politische Alphabetisierung und Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Gleichzeitig wurde festgestellt, dass es nicht gelungen ist, die Reduzierung des Waffenhandels zu einem wahlentscheidenden Thema zu machen und sie im neuen Koalitionsvertrag durchzusetzen. Die Große Koalition will zwar den Bundestag zukünftig „unverzüglich“ über Exportgenehmigungen unterrichten, sieht jedoch die „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie von nationalem Interesse“ und will die „maritimen Standorte“, also die Rüstungswerften, ausbauen. Darauf wies Jürgen Grässlin, Sprecher der Aktion Aufschrei, hin.

Knackpunkt Medienrecherche

Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, vermutet, dass sich das Transparenzversprechen im Koalitionsvertrag als hilflos erweist. Die Opposition ist viel kleiner, und zu CDU und SPD bestünden die traditionellen Drähte der Rüstungsbetriebe und -betriebsräte. Die übermächtige Regierung werde auch Einfluss auf Organisationen der Friedensforschung und Entwicklungspolitik haben, da diese von staatlicher Förderung abhängig sind. Ohne bezahlte Recherche fehle der Medieninput und das Medieninteresse könne nach einem Jahr einschlafen.

Nassauer sieht die Kampagne an einer Wegscheide. Sie habe in den Anfangsjahren eine enorme Stärke erwiesen, indem sie mit wenig Ressourcen enormen öffentlichen Druck erzeugen konnte. Er empfahl, die gute Zusammenarbeit zu bewahren und Ideen zu entwickeln, bei denen die Öffentlichkeit lachen kann.

One-Bullet-Stories

Sabine Farrouh von der Ärzte-Friedensorganisation IPPNW berichtete von guten Erfahrungen mit „One-Bullet-Stories“, durch die es möglich ist, die Auswirkung des Waffenhandels auf Menschen zu zeigen. Z.B. wurde einem kongolesischen Jungen, dessen Vater in einer Diamantmine arbeitet, von Rebellen ins Gesicht geschossen, weil sie bei ihm keine Diamanten fanden. Die 300-km-Reise ins nächste Krankenhaus in Kenia durch Uganda und die 9-Stunden-Operation kosten 6.000 US-Dollar, ohne die psychischen und sozialen Kosten. Für diesen Betrag kann man in Kenia eine sechsköpfige Familie 10 Jahre lang mit Grundnahrungsmitteln versorgen, 250 Kinder vollständig durchimpfen oder 100 Kindern ein Jahr eine Grundschulausbildung bezahlen.

Gegen Kleinwaffen und Sicherheitsrat

Konkrete Aktionsvorhaben sind der Aktionstag am 26. Februar in Berlin mit der Übergabe der Unterschriften für eine Grundgesetzverschärfung, Aktionen bei Aktionärsversammlungen, vor Rüstungskonzernen, Rüstungskonferenzen und Gerichtsprozessen. Es gab an dem Wochenende auch Vorüberlegungen für eine künftige Schwerpunktsetzung der Kampagne. Unter fast 30 verschiedenen politischen Forderungen gab es die stärksten Voten dafür: das Exportverbot im Grundgesetz weiter zu fordern, sich für die Abschaffung des Bundessicherheitsrates einzusetzen und für ein Exportverbot von Kleinwaffen zu arbeiten.

Damit verbunden war das einhellige Plädoyer, die Kampagne, die zunächst bis zur vergangenen Bundestagswahl laufen sollte, weiter zu führen. Diese Entscheidung und die konkreten Konsequenzen waren aber der Trägerkonferenz im Januar vorbehalten.

Odilo Metzler ist Mitglied im Redaktionsteam der pax_zeit.



Rassismus geht uns alle an – Gerade in der Kirche

Wider den „normalen“ Rechtsextremismus – den „kleinen Terror des Alltags“

Erklärung des pax christi-Bundesvorstandes

Nach einiger Aufregung um den ausreichenden Zugang der Öffentlichkeit zum Verfahren über die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“, ist es ruhiger darum geworden. Es begann eine verspätete Sorge für die Angehörigen der Opfer. Es fanden und finden sich nun Menschen aus Politik und Gesellschaft, die den Angehörigen beistehen.

Nun kommt es aber darauf an, dass das Interesse an der Aufdeckung rechtsextremer Gewalt nicht nur „Event-orientiert“ hoch war, sondern der Blick wieder auf den „normalen“ Rechtsextremismus – den „kleinen Terror des Alltags“ – und auf bestimmte gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen gerichtet wird.

Weiterhin gibt es Antisemitismus, Anti-Ziganismus, Schwulenfeindlichkeit und Islamophobie. So sind nach einer Umfrage der EU-Grundrechteagentur (FRA – Fact Sheet 2013) für Juden in Europa weiterhin Beleidigungen, Diskriminierungen oder auch körperliche Gewalt Bestandteil der alltäglichen Erfahrung, besonders z.Zt. in Ungarn und Frankreich. Die neue Zuwanderungsdebatte über Armutsflüchtlinge aus Südosteuropa mit Slogans „wer betrügt, der fliegt“ ist eindeutig gegen Roma gerichtet, mit Hinweis auf ihre Probleme in bestimmten Städten wird das alte Bild der „Zigeuner“ neu genutzt. Trotz einem – auch in konservativen Kreisen inzwischen als „korrekt“ und nicht länger vermeidbar angesehenen Verzicht auf die Diskriminierung von Homosexuellen bleiben „schwul“ und „Jude“ Spitzenreiter bei den Schimpfworten auf bundesdeutschen Schulhöfen und Muslime stehen wegen des Anschlags vom 11.9.2001 oft noch immer unter Generalverdacht, die deutsche Demokratie untergraben zu wollen, von der Vorstellung eines allgegenwärtigen Terrorismus, der inzwischen ganze Weltbilder füllt, gar nicht erst zu reden. Auch politisch Aktive, die sich gegen Neonazis engagieren, müssen inzwischen

damit rechnen, dass sie persönlich oder ihre Wohnungen gewalttätig angegriffen werden.



© Arbeiterfotografie

Was kann dagegen gesetzt werden?

Öffentlichkeit schaffen

Oft kommt es bereits darauf an, Sprüchen, Parolen und Gerede entgegenzutreten. Information und Vernetzung dazu bieten die „internationalen Wochen gegen Rassismus“, die auch in 2014 wieder vom 10. bis 23. März stattfinden und durch den Interkulturellen Rat in Deutschland koordiniert werden (www.interkultureller-rat.de).

Europawahlen nutzen

Die angesprochenen Phänomene sind inzwischen europaweit zu bemerken und nicht nur ein deutsches Problem. Umso aufmerksamer sollten die im Mai 2014 stattfindenden Wahlen zum europäischen Parlament wahrgenommen werden. Welche Vorstellungen und Ziele äußern die Parteien insbesondere zur Teilhabe und Gleichberechtigung aller EU-Bürger? Wo wird Ausgrenzung, Abgrenzung oder „Rückführung“ gefordert? Wie mit Armut- und Elendsmigration umgehen und welche Grenzen wollen wir? In ganz Europa ist ein Erstarken nationalistischer Parteien zu beobachten, neue Parteien, die auf Euro-Skepsis und Verlustängste setzen, haben Zulauf und grenzen sich von den schon fast „traditionellen“ Neonazis ab. Bisher haben sie keine Mehrheiten, das sollte auch so bleiben!

Für und Wider NPD-Verbot

Seit etlichen Jahren wird diskutiert, ob die NPD als rechtsextreme und verfassungswidrige Partei verboten werden kann. Ihre Beziehungen zu gewaltbereiten rechtsgerichteten Organisationen sind nicht zu leugnen, bzw. wurden in der Beobachtung eher verharmlost. Seit fast 50 Jahren verbreitet diese Partei eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, verharmlost oder leugnet den Holocaust und den II. Weltkrieg,

verlangt die Revision seiner Ergebnisse und hetzt kontinuierlich gegen ausländische Mitbürger/innen, Flüchtlinge und Asylsuchende. Im Kern verlangt sie – wenn auch nicht im unmittelbaren physischen Sinne – eine Art innere soziale und „ethnische“ Säuberung der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Nachdem ein früherer Versuch eines Verbots wegen der geheimdienstlichen Verbindungen der Beweismittel gescheitert war, haben jetzt die Bundesländer endlich einen Antrag auf Verbot dieser Partei gestellt. Allerdings wären damit Rechtsextreme – auch gewalttätige – Aktivitäten damit nicht einfach beendet. Abwanderungen in informelle Strukturen sind zu erwarten. Dennoch könnte ein Verbot sinnvoll sein, denn dem rechtsgerichteten Organisationspektrum würden öffentliche Gelder entzogen und parlamentarische Auftritte wären nicht mehr möglich. Noch strebt die NDP Sitze im EU-Parlament an.

Widerstehen

Rechtsextreme Gruppen haben auch den Willen, Geschichte nach ihrem Weltbild neu zu schreiben, Gedenktage zu Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg sind für sie Anlass für Aktionen und Propaganda. Der „nächste Termin“ dieser Agenda ist der Gedenktag der Bombardierung Dresdens am 13.2.1945. Daher rufen Christen – nicht nur aus Dresden – mit dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kein Naziaufmarsch nirgendwo“ zu einer friedlichen und entschlossenen Blockierung des geplanten Neonazi-Aufmarsches auf. Gerade weil im Vorfeld der Europawahlen die NPD und andere rechte Gruppen sich als „demokratiefähig“ und integrierbar präsentieren werden, kommt es darauf an, über ihre tatsächlichen Ziele und Gewaltpotentiale aufzuklären.

Kirche beteiligt

Die Inhalte und Ziele rechtsextremer Organisationen – nicht nur der NPD – stehen in einem grundsätzlichen Widerspruch zum Menschenbild der christlichen Botschaft und sind somit eine Herausforderung für alle, die sich dieser verpflichtet fühlen oder ihr nachfolgen. In Analyse und Aktion dagegen sind die Kirchen allerdings nicht immer die, die „vorangehen“. Es gibt Ängste und Besorgnisse, vielleicht auch Unkenntnis. Daher ist Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen und dem Anspruch gewaltfreien Handelns verpflichteten Organisationen hilfreich und notwendig. In der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“ (www.bagkr.de) vernetzen sich Kirchengruppen und arbeiten zusammen.

Kennzeichnung von Siedlungsprodukten

Aktuelle Entwicklungen



Briten, Niederländer und Schweizer gehen voran.

Manfred Budzinski

Israelische, internationale und deutsche Firmen, die in völkerrechtswidrigen Siedlungen investieren und produzieren, sind Nutznießer der Siedlungspolitik. Für Verbraucher/innen sind Produkte aus israelischen Siedlungen bislang nicht erkennbar, weil sie mit der Ursprungsangabe „Israel“ vermarktet werden – eine klare Irreführung.

Keine Fördergelder für Siedlungen

Die EU-Kommission soll nun im Auftrag des Ministerrats neue Leitlinien für eine genaue Kennzeichnung von israelischen sowie von Siedlungsprodukten erarbeiten. Auf Nachfrage bei der EU-Außenbeauftragten Lady Ashton teilte man uns aus ihrem Büro im September 2013 mit, dass dies noch mehr Zeit in Anspruch nehme. In Kraft getreten sind jedoch die EU-Leitlinien vom Juli 2013, „über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente“.

Die Vereinbarung über wissenschaftliche Kooperation „Horizon 2020“ zwischen der EU und Israel verbietet, dass EU-Fördermittel in Siedlungen fließen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung verhandelt zurzeit mit Israel über zwei Abkommen zu Wissenschaft (würde auch die Universität Ariel betreffen) und Förderung von z.B. israelischen High-Tech-Unternehmen, die ebenfalls die Siedlungen ausschließen sollen.

Firmen ziehen sich aus Siedlungen zurück

Im vergangenen Jahr kam es zu zahlreichen Entscheidungen und Aktivitäten in einzelnen Ländern zur Nichteinbeziehung der israelischen Siedlungen. Beispiele: Die britische Regierungsbehörde Trade & Investment warnt vor Aktivitäten in den Siedlungen und weist auf mögliche Auswirkungen auf den guten Ruf eines Unternehmens hin. In den Niederlanden haben sich z.B. der Wasserkonzern Vitens und der Technikkonzerns Royal Haskoning DHV aus den Siedlungen zurückgezogen. Die rumänische Regierung besteht darauf, dass ihre Bauarbeiter nicht in den illegalen Siedlungen bauen. In einzelnen EU-Staaten wird über ein komplettes Im-

portverbot von Siedlungsprodukten nachgedacht. Nach der Deutschen Bahn, die sich aus dem Bau einer auch durch die Westbank führenden Eisenbahnlinie zurückzog, verkaufte der französische Konzern Veolia seine Buslinien zu den Siedlungen. McDonald's verzichtete auf eine Filiale in der Siedlung Ariel. Große Pensionsfonds in verschiedenen Ländern verkauften solche Firmenanteile, die mit den besetzten Gebieten zu tun haben, an israelischen Firmen. So verkaufte z.B. der größte niederländische Pensionsfonds PGGM seine Anteile an fünf israelischen Banken, die Zweigstellen in den Siedlungen haben und Kredite für den Siedlungsbau anbieten, unter Bezugnahme auf das Rechtsgutachten des IGH und aus „sozialer Verantwortung“.

Kirchen ändern ihre Geldanlagen

Kirchen ziehen ihre Anteile von in den Siedlungen involvierten großen Konzernen wie Hewlett Packard, Caterpillar, Motorola und General Electric ab. 15 Kirchenführer in den USA baten den US-Kongress, Militärhilfe für Israel von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen. Verbände von Akademiker/innen in den USA haben einen Boykott Israels beschlossen, ebenso zahlreiche Gewerkschaftsbünde u.a. in Belgien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irland, Italien, Kanada, Norwegen, Südafrika und der Türkei.

Aufgaben für die EU

Die Nahostkommission erwartet von der EU und von der deutschen Bundesregierung eine aktivere Rolle. Unsere israelischen Partnerorganisationen weisen uns seit Jahren eindringlich darauf hin, dass ohne starken Druck der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von Deutschland und der EU, die Region keinen Frieden finden wird. Nötig sind:

- die konsequente Umsetzung der EU-Leitlinien vom Juli 2013 und die Durchsetzung der Siedlungs-Klausel in allen anderen Verträgen mit Israel,
- klare Leitlinien für eine Kennzeichnung der Siedlungsprodukte, deren Einhaltung regelmäßig kontrolliert werden,
- der Logik der EU-Leitlinien folgen und den Handel mit den Siedlungen unterbinden, für einen ungehinderten Zugang nach Gaza sorgen

Rechtswidrige Besatzungsmaßnahmen, wie durch das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs 2004 festgestellt, müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden, und dort, wo der ursprüngliche Zustand nicht wieder herstellbar ist, ein Anspruch auf Kompensation unterstützt werden; als erste – vertrauensbildende – Maßnahmen sollten kein Siedlungsbau und keine Erweiterung irgendwelcher Art in den Siedlungen stattfinden sowie der Bau der Mauer/Sperranlage sofort gestoppt werden.

Die EU muss sich dafür einzusetzen, dass die Besatzung an klare Rechtspflichten gekoppelt ist und die legitimen Si-

cherheitsanliegen des israelischen Staates ausschließlich im Rahmen von Menschenrechten und Völkerrecht verfolgt werden.

In der Westbank und in Ostjerusalem sind über eine halbe Million jüdische Israelis entgegen dem Völkerrecht angesiedelt. Bereits 2004 bekräftigte das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zum Mauerbau die Rechtswidrigkeit bestimmter israelischer Besatzungsmaßnahmen, darunter den Bau von Siedlungen, und bestätigte die Rechtspflicht aller Staaten, diesen Maßnahmen „keine Beihilfe oder Unterstützung“ zu gewähren. Der Europäische Gerichtshof hat 2010 geurteilt, dass Siedlungen nicht zum Staatsgebiet Israels zählen. Auch die Bundesregierung unterscheidet strikt zwischen dem Gebiet des Staates Israel und den besetzten Gebieten. Die israelischen Siedlungen sind ein Haupthindernis auf dem Weg zu einem gerechten Frieden in Nahost.

Manfred Budzinski ist Sprecher der pax christi-Nahostkommission, Mitglied der Kritischen Aktionäre und war bis 2011 Studienleiter an der Ev. Akademie Bad Boll.



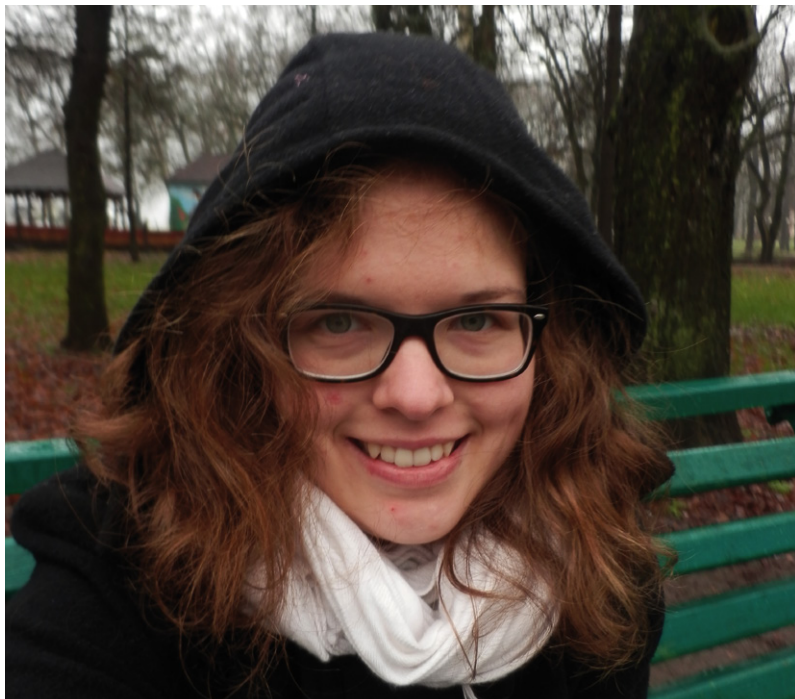
Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ zu Siedlungsprodukten

Im Mai 2012 startete die Nahost-Kommission mit der Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter. Kaufverzicht für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina“, in der die eindeutige Kennzeichnung aus israelischen Siedlungen stammender Waren gefordert wird. Bis zur Erfüllung der Kennzeichnungspflicht wird zu einem Kaufverzicht aufgerufen, wenn es sich um Siedlungsprodukte handeln könnte. Er bedeutet, dem Gutachten des IGH auf der Ebene der individuellen Konsumententscheidung Nachdruck zu verleihen.

Elena in Kiew

„Guten Abend liebe Welt“

Fotos: Elena Rother



„ ... und obwohl ich noch lange nicht am Ende meines freiwilligen Jahres bin; ich bin schon jetzt sehr froh, dass ich mich entschieden habe nach Kiew zu gehen, auch wenn es nicht immer einfach ist.“

Elena Rother

Elena Rother und Ilja Verspohl, zwei Freiwillige, die mit pax christi „Ein Jahr für den Frieden“ verbringen, arbeiten zurzeit in Kiew im Kinderheim „Our Kids“. Mit ihrer Arbeit unterstützen die beiden Freiwilligen die dort lebenden „Eltern“/hauptamtlichen Sozialpädagogen bei der Betreuung und bieten nach Möglichkeit selbst musikalische, kreative, sportliche oder andere Freizeitangebote für die Kinder an. Das Projekt „Our Kids“ ist ein Zuhause für bis zu 30 Kinder in Not im Alter von 3-8 Jahren, die in drei Häusern und 5 „Familien“ zusammenleben werden – das Heim befindet sich noch im Aufbau, bis jetzt leben dort 3 „Familien“.

Elena Rother ist Bloggerin. Das heißt sie unterhält im Internet ein Blog, sozusagen ein Tagebuch über ihre Zeit in Kiew. Dort kommentiert sie das aktuelle Geschehen in der Ukraine. Die pax_zeit dokumentiert im Folgenden ihren Eintrag vom 2. Februar 2014.

Winter in Kiew – Guten Abend liebe Welt! Mein Wochenende

Ein ereignisreiches Wochenende liegt hinter mir und da ich meine Motivation, so spät abends noch Russisch zu lernen, irgendwo in dieser wunderschönen, verschneiten, frostigen, revolutionären und weltoffenen Stadt verloren habe, werde ich euch mal noch mit einem kleinen Blog beglücken... ;)

Und wieder etwas zur Lage hier...

„Das satte Europa hat längst vergessen, wie es selbst vor zwei Jahrhunderten auf den Barrikaden das Recht auf eben diese europäischen Werte erkämpfte und wie teuer es das Abweichen von diesen Werten in den beiden Weltkriegen des vorigen Jahrhunderts bezahlen musste. Wenn nun Hunderttausende von Ukrainern zur Verteidigung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte auf die Barrikaden gehen, erschrickt das satte Europa vor ihrem Extremismus. Es hat vergessen, dass die Werte, die Europa vereinen, keine Selbstverständlichkeit sind, sondern eine Errungenschaft. Es hat vergessen, dass diese Werte — die amerikanische ‚United States Declaration of Independence‘ und ‚Bill of Rights‘, oder die französische ‚Déclaration des Droits de l’ Homme et du Citoyen‘, — mit dem Blut der Helden im Kampf gegen die Tyrannei bezahlt wurden.“ Das schreibt Andrej Plachonin auf „Ukraine Nachrichten“. Und ehrlich gesagt, ich kann das gut nachvollziehen.

Auch ein deutscher Übersetzer, Tobias Ernst, der in Kiew wohnt, schreibt, „Ich bin selbst in Kiew auf dem Maidan gewesen. Die Menschen, die dort demonstrieren, treten für Freiheit, demokratische Meinungsäußerung und gegen

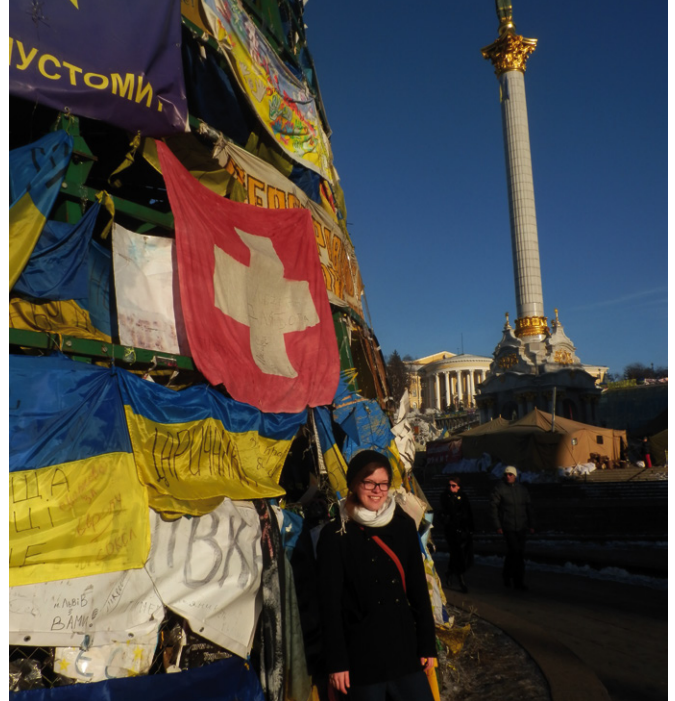
Korruption, ein verbrecherisches Regime und russische Einflussnahme ein. Sie tun dies VIEL ZIVILISERTER als dies entsprechende Demonstranten in Deutschland tun würden. Die Ukrainer auf dem Euromaidan sind vielleicht die europäischsten Europäer überhaupt. Wer ihnen Rowdytum und Rechtsnationalismus unterstellt, plappert Putins imperialistischen Interessen nach.“

Wenn ich über den Maidan gehe, merke ich immer wieder, wie ausdauernd die Menschen hier sind. Im Schein der Abendsonne machen ein paar junge Männer Liegestütze um sich warm zu halten. Andere rühren in riesigen Kesseln Suppe und Tee, wieder andere hacken Holz für die Öfen. Der Maidan ist eine Gemeinschaft und die ist absolut friedlich. Keiner flucht, keiner meckert über die Kälte. Jeder erfüllt seine Aufgabe und auch wenn die Leute zum Teil echt frustriert sind, aufgeben tun sie nicht.

Anders sieht es ein paar hundert Meter weiter in der Gruschewskistraße aus. Dort spürt man nichts mehr von der gemeinschaftlichen Atmosphäre. Es sieht aus wie Krieg und die Anspannung liegt in der Luft, auch wenn es zurzeit keine Ausschreitungen gibt. Polizei und Demonstranten stehen sich an einer Linie gegenüber, ein Autowrack wurde in die Barrikaden mit verbaut und eine große Fahne mit einem roten Kreuz kennzeichnet das ‚Lazarett‘. Gestern haben die Demonstranten dort eine ‚Leinwand‘ errichtet, sodass sie von dort aus einen der wenigen noch unabhängigen Fernsehsender live verfolgen können; als Reaktion darauf haben die Polizisten Lautsprecher aufgestellt, aus denen alte Volkslieder und Märsche tönen. Die dramatische Musik lässt das Ganze wie einen Film erscheinen, nur wir stehen mittendrin. Was Tobias Ernst auch noch schreibt, ist, dass die Kommentare in deutschen Medien vermutlich zumindest zum Teil vom russischen Geheimdienst kommentiert werden. Dazu gibt es wohl fundierte Beweise, der Blog von demjenigen, der sie öffentlich gemacht hat, ist aber leider nicht mehr aufrufbar. Für mich ist das die einzige Erklärung dafür, warum ‚die Deutschen‘ die Proteste hier so hart verurteilen. Auch ich stehe den Finanzhilfen, die die USA und die EU jetzt an die Ukraine geben wollen, kritisch gegenüber, aber nur aus dem Grund, weil ich denke, dass weder Russland, noch die EU die Ukraine ‚kaufen‘ sollte. Das heißt aber noch lange nicht dass „die EU jetzt dafür aufkommt, dass die Demonstranten die Wirtschaft ihres eigenen Landes kaputt machen“, wie jemand auf tagesschau.de fast wörtlich kommentierte. Das ist totaler Quatsch! Wer sowas schreibt hat sich einfach nie mit der Geschichte dieses Landes auseinandergesetzt und sich mit der Politik hier befasst. Würde die Wirtschaft hier gut laufen und die Menschen wären zufrieden, würden garantiert keine Zehntausende gegen die Zuwendung zu Russland demonstrieren. Die Lage hier ist zu kompliziert, um generell über richtig und falsch zu urteilen, ich weiß auch keine Lösung für das ‚Problem‘ hier, aber ich weiß, dass hier

niemand auf die Straße geht um die Wirtschaft zu ruinieren, damit die EU zahlt.

Ich denke auch, dass die Ukraine wahrscheinlich ihren eigenen Weg finden muss und dass sich andere Länder nicht zu



sehr einmischen sollten, aber die EU darf nicht wegschauen, wenn ein Präsident so brutal versucht sich an der Macht zu halten und sich der zurückgetretene Premierminister sich in Wien Würstchen schmecken lässt. Und diejenigen, die finanziell und sozial abgesichert in ‚Europa‘ wohnen (ich weiß, dass sind nicht gleich alle Europäer, aber die große Mehrheit), dürfen erst recht nicht wegschauen, wenn in einem Land, das beinahe an Deutschland angrenzt so was passiert.

Soviel für heute,
Elena

www.elenainderukraine.jimdo.com

Aktiv für den Frieden soll wachsen

Auch dieses Jahr stellt die pax_zeit wieder in jedem Heft große oder kleine Friedensaktivisten vor. Wir laden Sie ein uns kurze Texte über die Engagierten zu schicken, die für Sie wichtig sind. Denn wir werden „Aktiv für den Frieden“ im Internet auf der Homepage von pax christi fortsetzen und da können viel mehr Menschen vorgestellt werden als in der Zeitung. Schreiben Sie uns!

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

BuVo in der Mitte von D

Dezember 2013, erste BundesVorstandssitzung, da müssen sich alle Ex-Präsidioms-Mitglieder erst einmal in die neue Terminologie eindenken und einsprechen.

Folgende Themen standen auf der Agenda:

- Alle Vorstandsmitglieder sind Bistums- bzw. Regionalstellen und Kommissionen zugeordnet und stellen so den Kontakt zu den Mitgliedern und Organen her. Der gegenseitige Bericht und eine Bewertung über die Aktivitäten in pax christi nehmen in jeder Sitzung großen Raum ein.
- Christine Hoffmann stellte das Finanzcontrolling vor (wir liegen im Plan).
- Von der Delegiertenversammlung an den Bundesvorstand überwiesene Anträge wurden beraten und bearbeitet.
Zum Beispiel:
 - Neue Logo-Entwürfe wurden begutachtet und diskutiert. Das Ergebnis der Beratungen ist auf der Titelseite dieser Ausgabe zu sehen.
 - Auf dem Treffen der Bistumsstellen in Nonnenhorn wird es einen Studienteil zum Thema „Hundert Jahre zwischen Krieg und Frieden“ geben.
 - Beratungen zur Neuaufstellung der Fachstelle Friedensdienste. Sie wird sich zukünftig ausschließlich um die inhaltliche Ausrichtung der Friedensdienste und die Begleitung der Freiwilligen kümmern.
 - Vorbereitung des Katholikentages in Regensburg; hier sind wir mit Veranstaltungen präsent.

Fulda ist fast die Mitte von Deutschland, ein guter Ort, um sich als BuVo zu treffen.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Regierung soll sich für Ende der Besatzung einsetzen

Die Nahost-Kommission und die pax christi-Nahost-AG Baden-Württemberg appellierten an die neue Bundesregierung, sich entschiedener für ein Ende der Besatzung und der völkerrechtswidrigen Kolonisierung der Westbank, für ein Ende der Blockade des Gazastreifens sowie für eine Verhandlungslösung auf der Grundlage des Völkerrechts einzu-

setzen und den Staat Palästina in den Vereinten Nationen zu unterstützen. „Insbesondere israelische Partner weisen uns seit Jahren eindringlich darauf hin, dass ohne starken Druck insbesondere von Deutschland und der EU die Region keinen Frieden finden wird.“

Syrien: Unterstützung der Genf-2-Konferenz

Die Kommission Friedenspolitik bat Außenminister Steinmeier, die Genf-2-Konferenz zu Syrien zu einem vordringlichen Anliegen der Bundesregierung zu machen und sich dafür einzusetzen, dass auch der Iran einen Platz am Verhandlungstisch bekommt. Deutschland solle den einseitigen Zusammenschluss der „Freunde Syrien“ verlassen, die Patriot-Raketenstationierung an der syrisch-türkischen Grenze beenden, keine Waffenlieferungen in die Region zulassen und mindestens 50.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen.

pax christi und IPPNW fordern Rüstungsexportverbote

Auf Initiative der neuen Kommission Rüstungsexporte verlangten pax christi und die Ärzte-Friedensorganisation IPPNW von Bundeswirtschaftsminister Gabriel einen Wechsel in der Rüstungsexportpolitik. Die SPD habe das Ziel vertreten, keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und an Diktaturen zuzulassen. Deshalb müsse der allgemeine Export von Kleinwaffen drastisch reduziert und weder Schiffe für die israelische Marine noch Leopard-Panzer nach Sau-

TERMINE

24. – 25. Mai 2014

Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart

Friedenspolitische Tagung anlässlich „100 Jahre 1. Weltkrieg“

Infos: www.jugendakademie.de

6. – 9. Juni 2014

Friedenskonferenz und Jugendcamp

International Sarajewo Peace Event

Infos und Anmeldung: www.peace-event.eu

7. – 19. Juni .2014

Diözesanverband Augsburg

Begegnungs- und Solidaritätsreise nach Palästina – Israel

Infos und Anmeldung bis Mitte März: Christian Artner-Schedler, T 0821.517 751, augsburg@paxchristi.de.

19. – 21. September 2014

Diözesanverband Münster

Medienprojekt: Flandern 1914 - 2014

Infos und Anmeldung bis 31. März:

Ernst Dertmann, T 0251.511 420, dertmann-e@versanet.de

di-Arabien genehmigt werden. Gabriel antwortete, dass die Menschenrechtssituation beachtet werden und der Export von Kleinwaffen besonders strengen Maßstäben unterliegen solle.

Indigene Volksgruppen stärken

Auf Initiative der Kommission Solidarität Eine Welt bat pax christi Entwicklungsminister Müller, die Mitwirkung von indigenen Volksgruppen bei der Planung von Projekten der Infrastruktur, Bergbau etc. zu stärken. Durch das neoliberale Wachstum sei ein globaler Wettlauf auf die Rohstoffe in ihren Territorien entstanden, der das Überleben ihrer Kultur gefährde. „Rohstoffabkommen dürfen nicht länger über die Köpfe der indigenen Bevölkerung hinweg ausgehandelt werden.“

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Diözesanverband Freiburg

Bürgermeisterin von Bethlehem zu Gast

Die Bürgermeisterin von Bethlehem, die katholische Palästinenserin Vera Baboun, hat auf Einladung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und pax christi im Erzbistum Freiburg von ihrem Leben als erstes weibliches Oberhaupt der Geburtsstadt Jesu berichtet. Dabei traf sie auch den neuen Freiburger Weihbischof Michael Gerber sowie den Freiburger Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD). In Waldkirch, Karlsruhe und Freiburg erläuterte sie die schwierige Lebenssituation der rund 33.000 Bewohner/innen in ihrer Heimatstadt. Baboun rief die Zuhörer/innen dazu auf, sich für den Frieden in Bethlehem und in ganz Palästina einzusetzen. „Die Mauer stellt nicht nur die Belagerung von Bethlehem dar, sondern auch die Belagerung der Friedensbotschaft“, sagte sie. „Wenn wir jetzt nicht handeln, habe ich die Befürchtung, dass diese Abnormalität der Mauer irgendwann zur Normalität wird“.

Diözesanverband Köln

Proteste gegen Soldatengottesdienst im Kölner Dom

pax christi-Mitglieder haben sich im Januar an den Protesten gegen den alljährlichen Soldatengottesdienst im Kölner Dom beteiligt, den Bundeswehrsoldaten gemeinsam mit Kardinal Meisner feierten. In der Erklärung der Protestler heißt es: „Wir wünschen uns vielmehr die dringend



Foto: Diözesanverband Freiburg

Vera Baboun, die Bürgermeisterin von Bethlehem, hat an zwei Tagen im Erzbistum Freiburg von ihrem Leben als erstes weibliches Oberhaupt der Geburtsstadt Jesu berichtet.

nötige geistige und auch materielle Aufwertung nicht-militärischer Friedens-, Gerechtigkeits- und Menschenrechtsarbeit. Es wäre dann ein starkes und ermutigendes Zeichen nach innen und außen, in Zukunft in Gemeinschaft mit vielen Friedens- und Menschenrechtsgruppen im Kölner Dom einen Weltfriedensgottesdienst zu feiern!“

Diözesanverband München

Protest gegen Sicherheitskonferenz

Als Teil des Münchner Friedensbündnisses hat pax christi auch in diesem Jahr den Protest gegen die Münchner Sicherheitskonferenz vom 31. Januar bis 2. Februar unterstützt und sich an der zeitgleich stattfindenden Friedenskonferenz sowie an einer Demonstration beteiligt. Zwar durften erstmals auch Teilnehmer/innen der Friedenskonferenz als Beobachter/innen an der Sicherheitskonferenz teilnehmen. Dennoch ist man nach Meinung von pax christi noch meilenweit von einem Dialog entfernt. Denn während auf der Sicherheitskonferenz immer noch um Macht und Märkte mittels militärischer Optionen gefeilscht wurde, stand auf der Friedenskonferenz die Gewaltfreiheit im Mittelpunkt der Debatte. Dies kam unter anderem beim abschließenden Friedensgebet der Religionen in der Kirche St. Anna zum Ausdruck. Unter dem Motto „Von der Toleranz zum Respekt“ schlossen Juden, Christen, Muslime, Bahá'í und Buddhisten ihre Aktionen ab und unterstützten finanziell eine private Münchner Initiative für syrische Flüchtlinge.

Diözesanverband Paderborn

Friedenspolitische Gespräche in Paderborn

Zum zweiten Mal hat die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) Paderborn gemeinsam mit der Paderborner pax christi-Gruppe und der Paderborner Initiative gegen den



Clemens Ronnefeldt aus Freising erläutert die wichtigsten Ursachen für die Fortdauer des israelisch-palästinensischen Konflikts

Krieg ein „Friedenspolitisches Gespräch“ veranstaltet. Im Januar 2014 stand das Thema „Du sollst nicht töten!“ zur Diskussion. Als Einstieg zur Thematik zeigten die Veranstalter den Film „Töten für den Frieden: Die Politik, die Kirche und der Krieg“, in dem Tilman Jens Soldaten und Militärseelsorger, Theologen und Politiker über die Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges zu Wort kommen lässt. Die anschließende Diskussion in der KHG ergab, dass für die Teilnehmer/innen das Gebot „Du sollst nicht töten“ grundsätzlich gilt und das Töten in Kriegen nicht zu rechtfertigen sei. Im nächsten Semester werden die „Friedenspolitischen Gespräche“ mit einem Abend zu „Gewaltfreier Widerstand“ fortgesetzt.

Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart

pax christi-Appell an Bundeskanzlerin

In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen Ende Februar in Israel hat die gemeinsame Nahost-Arbeitsgemeinschaft der Diözesanverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart die Kanzlerin darum gebeten, „dringend im Interesse Israels und des palästinensischen Volkes sich dafür einzusetzen, dass der israelische Siedlungsbau gestoppt, weitere Zerstörungen und Raub palästinensischen Territoriums beendet werden, und die Blockade des Gazastreifens aufgehoben wird, wie es der Deutsche Bundestag im Sommer 2010 einstimmig gefordert hat“. Die AG appellierte an Merkel zudem, auch die Bevölkerung im Westjordanland zu besuchen, beispielsweise in Betlehem oder in Hebron, und sich dort von Mitarbeiter/innen des

Begleitprogramms des Ökumenischen Rats der Kirchen (EAPPI) führen zu lassen. Weiterhin baten die Verfasser des Briefes die Kanzlerin darum, sich bei der israelischen Regierung für einen lebensfähigen palästinensischen Staat in sicheren Grenzen einzusetzen.

Diözesanverband Trier

Den Frieden im Nahen Osten fördern

„Friedensfachkräfte in Israel Palästina“ war das Thema einer Veranstaltung, zu der pax christi Saar und Attac Untere Saar in den „KulturOrt Mario Andruet“ in Saarwellingen eingeladen hatte. Referent war Clemens Ronnefeldt vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Er erläuterte die wichtigsten Ursachen für die Fortdauer des israelisch-palästinensischen Konflikts; allen voran die völkerrechtswidrige Mauer, für deren Bau viele palästinensische Häuser abgerissen und durch die tausende von Palästinenser/innen von ihrem Eigentum getrennt worden seien. Als Schritte zu einer möglichen Deeskalation zwischen den beiden Konfliktparteien schlug er vor, den Austausch von Gefangenen zu forcieren. Außerdem forderte er von Israel, den Siedlungs- und Mauerbau zu beenden sowie die israelische Armee aus dem Westjordanland abziehen. Vor allem aber sollten die zahlreichen Friedensinitiativen auf beiden Seiten unterstützt werden, damit Friedenspläne überhaupt eine Chance bekämen. Hier nannte Ronnefeldt verschiedene Projekte und rief die Zuhörer/innen dazu auf, sich gegen die deutschen Rüstungsexporte in die Nahostregion zu engagieren.

Leserbriefe

pax_zeit im neuen Erscheinungsbild

Liebe Leute von der Redaktion, ich möchte Euch ein großes Lob für das letzte Heft aussprechen – die Artikel sind ausgezeichnet und sehr informativ! Auch das Erscheinungsbild finde ich sehr ansprechend – außer dem Druck, der einfach zu schwach ist für alte Augen.

Lotte Rodi, Schwäbisch Gmünd

Ihr Guten, der Leserbriefschreiber in der pax_zeit 4_2013 hat absolut recht. Selbst für noch relativ junge Augen ist das Lesen eine einzige Anstrengung.

Martin Singe, Köln

Der Blick auf das Kreuz

Heinz Josef Algermissen
Bischof von Fulda
Präsident pax christi Deutsche Sektion

In seiner Novelle „Der Schächer ohne den Herrn“ geht der Dichter Reinhold Schneider der Frage nach: Was wäre, wenn uns der Blick für den Gekreuzigten genommen würde?

Die Erzählung berichtet aus dem Jahr 1566. In den flandrischen Landen herrschte Aufruhr. Mit einem unerklärlichen Hass wandten sich die aufgewühlten Volksmassen gegen die herrlichen alten Kirchen im Land. Bauwerke wurden ausgeraubt und geschändet. Heiliges schien über Nacht für die Menschen unbedeutsam zu werden. Eines Tages vergriffen sich die Aufrührer an einer mächtigen alten Kreuzigungsgruppe. Sie stürzten das mittlere Kreuz um, während sie die Kreuze der beiden Schächer stehen ließen. Die Rädelsführer zerschlugen das göttliche Bild, die Bilder der Schächer schonten sie. In ihnen erkannten sie wohl das Abbild ihres eigenen Wesens wieder.

Für Reinhold Schneider wird diese Novelle zum Bild einer Dramatik, die das Leben vieler Menschen heute bestimmt: Die Schächer ohne den Herrn. „Eine furchtbare Lücke klaffte zwischen beiden Kreuzen“, so schreibt er weiter. Nun war auch dem der Blick und die Hoffnung genommen, der Reue gezeigt hatte; der Reumütige, dem der Herr das Paradies verheißen hatte, war verloren. Der Mittler war entrissen, die Mitte war zerstört.

In die Leere zu schauen und keine Ausrichtung zu haben im Schrei um Hilfe, kein menschliches Angesicht vor Augen zu haben, das uns die Zuwendung Gottes bezeugt – das ist eine große Not unserer Zeit. Wo die Mitte des Glaubens verloren geht, klaffen im Leben die Lücken. Das spüren wir in unserer Gesellschaft, wenn die Ehrfurcht vor dem Leben immer mehr zu schwinden scheint, wenn die Würde des vorgeburtlichen, aber auch kranken wie sterbenden Lebens in Frage steht. Wo Gott nicht mehr im Blick ist, schauen Menschen auch weg, wenn es um den Menschen geht. Da verliert auch die „pax christi“ ihre innere Quelle.

Wo der Gekreuzigte aus dem Blick gerät, Kreuze sogar in Klassenzimmern und Gerichtssälen abgehängt werden, haben Menschen das Mitgefühl Gottes nicht mehr vor Augen und damit im Herzen. Wenn Menschen nicht mehr zum Kreuz aufschauen, schwindet ihre Hoffnung und das Leben wird im wahrsten Sinn des Wortes flach, öde und fad.

Christen stellen das Kreuz Christi bewusst in den Mittelpunkt der gottesdienstlichen Feiern und machen es zum Vor-Zeichen des Christseins. Im Blick auf das Kreuz entsteht die innere Perspektive: Nur wer fühlt, was er sieht, gibt, was er hat.

In der Ohnmacht des Gekreuzigten die Macht des Auferstandenen zu sehen, ist die Mitte unseres Glaubens und die Mitte der Kirche. Die österliche Bußzeit lädt uns ein, diese Wahrheit zu vertiefen oder wieder zu finden, wenn wir sie verloren haben.



pax christi beim Katholikentag in Regensburg

Auf der Kirchenmeile lädt pax christi herzlich zum Besuch unseres Standes ein: Unser Thema: 1914-2014 – Hundert Jahre zwischen Krieg und Frieden.

Podien an denen pax christi mitwirkt:

Do, 29.05.14, 11 Uhr 1914 – Wo blieb der Friedensfürst? Die Katholiken und der Erste Weltkrieg, mit Bischof Algermissen

Do, 29.05.14, 14 Uhr Afghanistan: Abzug und wie weiter? Zwischen Aufbau, Schutz und Eigenständigkeit. In Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

Fr, 30.05.14, 16:30 Uhr Arabellion und politischer Islam. Wohin steuert die islamische Welt?



Im Jugendzentrum:

Fr, 30.05.14, 16:30 Uhr Rassismus geht uns alle an – auch in der Kirche. Wir für Vielfalt und Demokratie und überall gegen rechts.

Do, 29.05.14, 16:30 Uhr Weltkriege: Verpasste Friedenschancen der Kirche. Gespräch mit dem Zeitzeugen Heinrich Missalla.